

Niederschrift über die Sondersitzung
am 21.09.2006

Tagungsort: Altes Rathaus, Erdgeschoss, Nowgorod Raum

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18.10 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion

Frau Brinkmann

Herr Heine

Herr Kleinkes

Herr Krieg

Herr Rüther

SPD-Fraktion

Herr Kranzmann

Herr Tsapos

Herr Nockemann

Herr Plassmann

Bündnis90/Die Grünen-Fraktion

Herr Bolte

BfB-Fraktion

Herr Grün

FDP-Gruppe

Herr Buschmann

Beirat für Behindertenfragen

Frau Röder

Vom Schulamt für die Stadt Bielefeld

Herr Drescher

Von der Verwaltung

Beigeordneter Herr Dr. Pohle

Beigeordneter Herr Kähler

Frau Bielemeier

Herr Müller

Frau Jürgensmeier

Herr Schöning (Schriftführer Schule)

Sonstige Teilnehmer

Herr Dr. Barthel, Arbeitsagentur Bielefeld
Herr Siegeroth, Arbeitplus
Frau Lüking, REGE mbH
Frau Friese-Ruff, CSB Bekleidungstechnik
Herr Dr. Romanowski, BK Senne
Herr Kössler, CSB Handwerk und Technik
Herr Dr. Herbarth, CSB Wirtschaft und Verwaltung
Herr Hollmann, Brodhagenschule

Entschuldigt fehlen

Herr Düger

Öffentliche Sitzung:

A. Schule

Zu Punkt A 1 JiB & JOB Bielefeld. Jugend in Berufsausbildung und Job. Verbesserung beruflicher Perspektiven Jugendlicher und junger Erwachsener in Bielefeld
Jugendberufshilfen, Hilfen der Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt (insbes. nach den SGB II, VIII, XII)
Drucksache Nr. 2430

Einleitend berichtet Herr Dr. Pohle von den Ergebnissen der Behandlung der Beschlussvorlage im Sozial- und Gesundheitsausschuss sowie im Jugendhilfeausschuss vom 19.09.2006. (Der Beschluss des Sozial- und Gesundheitsausschusses wurde den Mitgliedern des Schulausschusses ausgehändigt). Hervorzuheben ist, dass die gefassten Beschlüsse im Unterschied zum Beschlussvorschlag der Vorlage Dr.-Nr. 2430 dahingehend konkretisiert worden sind, dass mit der Umsetzung der angedachten Verfahrensschritte umgehend begonnen werden soll.

Herr Dr. Pohle berichtet weiter von einer Regionalratsinitiative zum Thema „Innovative und berufliche Bildung“, in deren Rahmen ein Handlungsprogramm zur Behandlung in der Regionalkonferenz erarbeitet werden soll. Hierbei spielen die Themen „Schulische Bildung“, „Berufliche Orientierung“ sowie „Berufsberatung und Übergangsmangement“ eine zentrale Rolle. Basierend auf § 12 des Schulgesetzes wird bezogen auf den Bildungsauftrag der Sekundarstufe I deutlich, dass den Schülerinnen und Schülern eine gemeinsame Grundbildung zu vermitteln ist und sie zu befähigen sind, eine Berufsausbildung aufzunehmen oder in vollzeitschulische allgemeinbildende oder berufliche Bildungsgänge der Sekundarstufe II einzutreten. Angesichts der hohen Zahl nicht versorgter Schülerinnen und Schülern besteht dringender Handlungsbedarf, die Schülerinnen und Schüler bereits in der Sekundarstufe I noch besser zu befähigen, qualifizierte Bildungsabschlüsse zu erreichen. Im Bereich der beruflichen Orientierung (Klasse 7 bis 9) gibt es mit den Maßnahmen „Berufswahlpass“, „Assessmentverfahren“ oder „BJB“ bereits funktionierende Instrumente, die allerdings noch optimiert werden können. Das Ziel der am Prozess beteiligten Akteure ist es, eine deutlich höhere Anzahl von Schülerinnen und Schülern schulisch zu qualifizieren, sie ausbildungsfähig zu machen und ihnen Ausbildungsplätze zu vermitteln. Insbesondere gilt es, die bei verschiedenen Institutionen bzw. Akteuren angesiedelten Beratungsleistungen für unversorgte Jugendliche und junge Erwachsene zusammenzuführen und an einem Ort zu konzentrieren. Eine gut funktionierende Verzahnung aller am Prozess Beteiligten ist hierbei von besonderer Bedeutung.

Beigeordneter Herr Kähler verdeutlicht für den Bereich der Sozialverwaltung das Ziel eines modularen Aufbaus der Qualifizierungsangebote zur Erreichung eines Bildungsabschlusses bzw. einer Vermittlung in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach maximal 4 Jahren. Derzeit können nur noch 50 % der Schulabgänger ihren Vorstellungen entsprechend eine betriebliche oder schulische Ausbildung beginnen. Die andere Hälfte der Schulabgänger ist aufgrund von Marktbenachteiligung, sozialer Benachteiligung oder Behinderung als unversorgt einzustufen. Bisher ergeben sich je nach Personenkreis bzw. Rechtskreis (SGB II, III, VIII) unterschiedliche Zuständigkeiten und eigenständige Angebote. Ziel der neuen Konzeption ist es, die Kompetenzen und Angebote der einzelnen Institutionen unter dem Dach

„Arbeitplus Jugendhaus“ zu vernetzen, um somit Synergien zu erzielen. Das operativ tätige Jugendhaus soll durch einen Beirat steuernd unterstützt werden, dem Arbeits-, Schul-, Sozialverwaltung, Berufskollegs und Verbände angehören sollen. Der Jugendliche soll im Rahmen eines individuellen Fallmanagements beraten und im Ergebnis in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt integriert werden. Für den gesamten Prozess soll als einzige Anlaufstelle für den Jugendlichen das „Arbeitplus Jugendhaus“ zuständig sein. Zur Dokumentation der Beratungs- und Unterstützungsleistungen wird der „Job-Pass“ dienen, der individuell die durchzuführenden Assessmentverfahren, die Ergebnisse des Berufsnavigators und der Beratungsergebnisse für jeden Jugendlichen beinhaltet. Herrn Kähler weist darauf hin, dass es wichtig ist, Vertreter der Wirtschaft eng in den Entwicklungsprozess einzubinden, da die Schaffung einer ausreichenden Anzahl von Ausbildungsplätzen Grundlage für eine bessere Versorgung der gegenwärtig noch hohen Anzahl an unversorgten Jugendlichen ist.

Stellvertretend für die Bielefelder Berufskollegsleiter erläutert Herr Dr. Herbarth die Sichtweise der Berufskollegs.

Grundsätzlich wird die Initiative der Verwaltung, die Situation der unversorgten Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen nachhaltig zu verbessern, deutlich begrüßt.

An den Bielefelder Berufskollegs werden pro Jahr ca. 16.000 Jugendliche qualifiziert. Insbesondere wird die duale Ausbildung für diejenigen Schülerinnen und Schüler, die nicht studieren oder eine berufliche Schule besuchen wollen, als eine erstrebenswerte Weiterführung des Bildungsweges nach Abschluss der allgemeinbildenden Schule angesehen. Die Berufskollegs dürfen aber kein Ersatzsystem oder eine „Warteschleife“ darstellen, sondern sie haben einen Qualifizierungsauftrag, an dem sie gemessen werden. Unter diesen Prämissen bringen die Berufskollegs ihre Kompetenzen ein, um alles zu tun, was die Situation für die Jugendlichen verbessern kann.

Im Ergebnis weist Herr Dr. Herbarth auf folgende Gesichtspunkte hin:

- Die Zusammenführung der fragmentierten Beratungsangebote ist ein wichtiges Element, jedoch sollte im Rahmen einer Langzeitbetrachtung bereits ab der 8. Klasse mit einer gezielten Förderung bzw. Beratung der Jugendlichen begonnen werden.
- Bei der Anzahl der persönlichen Fallmanager ist auf eine tragfähige Relation „Jugendlicher zu Mitarbeiter/In“ zu achten.
- Die Berufskollegs können bei fehlender Ausbildungsreife von Schülerinnen und Schülern keine sachgerechte Förderung anbieten, da derartige Maßnahmen nicht dem Bildungsauftrag der Berufskollegs entsprechen.
- Die ca. 450 „marktbenachteiligten“ Jugendlichen soll der Verein BAJ e.V. in einem breiten Berufsspektrum unter einem Dach und unter Anleitung erfahrener Berufspädagoginnen bzw. -pädagogen auf einen Ausbildungsabschluss vorbereiten. Die genannte „Relation Jugendlicher zu Mitarbeiter“ kann von den Berufskollegs nicht erreicht werden, weswegen dafür plädiert wird, die Angebote der Berufskollegs für „Marktbenachteiligte“ zurückzunehmen und die besseren Betreuungschancen des BAJ für möglichst viele Jugendlichen zu nutzen. Durch diese gezielte Steuerung in diese bessere Betreuungssituation werden Benachteiligungen vermieden.

Zusammenfassend betrachten die Leiter der Bielefelder Berufskollegs die vorgestellte Vorlage als große Chance, die Situation für die Jugendlichen nachhaltig zu verbessern, und die BK's werden auch ihren Beitrag dazu leisten. Der Bildungsauftrag der Berufskollegs muss dabei vorrangig beachtet werden.

Herr Drescher vom Schulamt für die Stadt Bielefeld hebt die bereits bestehenden, umfassenden Maßnahmen zur besonderen Beratung bzw. Förderung der Jugendlichen in der Sekundarstufe I hervor. Der Beitrag der Schulen zur Berufsorientierung und zur Begleitung im Übergang von der Schule in den Beruf wird schon heute als recht umfänglich und effektiv eingeschätzt. Auch Herr Drescher erachtet einen sehr frühzeitigen Beginn unterschiedlichster Maßnahmen zur Erlangung der Ausbildungsreife bzw. zur Verbesserung der Berufsorientierung für besonders wichtig. Hierzu haben alle Schulformen ihren Beitrag zu leisten, auch die Berufskollegs in ihren vollzeitschulischen Bildungsgängen. Aufgrund der Vielzahl unterschiedlicher Akteure sind „Übergangs-Biografien“ einzelner Schüler trotz allem manchmal noch eher „zufällig“, was unterstreicht, wie wichtig eine zukünftige Vernetzung aller am Prozess Beteiligten ist.

Herr Drescher betont, dass die „Fallmanager“ besonders gut geschult sein müssen und umfangreiche Kenntnisse im Bereich der Schulformen der Sekundarstufe I, der Bildungsgänge in den Berufskollegs, der Berufsbilder und des Maßnahmecontrollings haben müssen. Des Weiteren müssen sie zu den Jugendlichen auch den richtigen Zugang finden, um ihnen effektiv helfen zu können.

Herr Drescher erwartet von dem nun anstehenden Prozess zum einen die sinnvolle Fortführung bestehender Projekte (z. B. „Erfolgreich in Ausbildung“) und zum anderen auch eine besondere Berücksichtigung der Schülerinnen und Schüler der Förderschulen.

Herr Dr. Pohle betont, dass selbstverständlich die vielfältigen und guten bestehenden Projekte fortgeführt und sinnvoll weiterentwickelt werden sollen, da sie wichtige Bestandteile auch des zukünftigen Systems darstellen.

Herr Kähler ergänzt, dass bei bestehenden Projekten auch Bindungsfristen zu beachten sind und allein aus diesem Grund eine Fortführung erfolgen wird.

Zum Thema „Qualifizierung der Fallmanager“ wird anerkannt, dass die optimale Hilfestellung für die Schülerinnen und Schüler das erklärte Ziel aller am Prozess Beteiligten sein muss.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Röder, Herr Buschmann, Herr Tsapos, Herr Bolte, Herr Heine, Herr Dr. Herbarth, Herr Hellmig, Herr Kähler und Herr Dr. Pohle.

Herr Buschmann betont für die FDP-Gruppe, dass die Zentralisierung der Beratungsleistungen als positiv eingeschätzt wird. Er wirbt dafür, dass angesichts der vielfältigen Wünsche ein Realisierungskonzept erforderlich ist, welches in den entsprechenden Fachgremien beraten werden muss. Für besonders wichtig erachtet Herr Buschmann die Fragestellung, inwieweit auch die Berufskollegs die sogenannten „marktbenachteiligten“ Schülerinnen und Schüler auffangen können, um ihnen auch eine Ausbildungsreife zukommen zu lassen. Hierbei kommt den Berufskollegs eine Integrationsrolle zu.

Problematisch bleibt die Nahtstelle zwischen marktbenachteiligten und sozialbenachteiligten Jugendlichen.

Herr Dr. Herbarth hebt hervor, dass die Berufskollegs bereits sehr viele Maßnahmen für markt- und sozialbenachteiligte Jugendliche anbieten (Assistentenlehrgänge, BGJ, Berufsvorbereitung, IQJ, Werkstattjahr) und dass angesichts der Personalkapazität in den Berufskollegs die Grenze des Machbaren erreicht wird.

Herr Hellmig ergänzt, dass insbesondere der verspätete Einstieg z. B. zum 01.02. eines jeden Jahres für marktbenachteiligte Jugendliche bzw. sozialbenachteiligte Jugendliche als problematisch eingeschätzt wird, weil die Eingliederung der Schüler/innen in den dann bereits laufenden Schulbetrieb mit weitgehend etablierten Klassenverbänden schwierig ist. Sinnvoller wäre es hier, die entsprechenden Lehrgänge frühzeitiger beginnen zu lassen. Nach Möglichkeit sollen die angebotenen Qualifizierungen keine „Warteschleife“ für die Jugendlichen darstellen, sondern das Ziel muss eine fundierte Ausbildung sein, mit denen die Jugendlichen im Berufsalltag auch etwas anfangen können.

Frau Röder begrüßt die vorgestellte Vorlage ausdrücklich, betont aber, dass sie die Abgänger der Förderschulen noch nicht genügend berücksichtigt sieht. Die Fragestellung ist, ob die Fallmanager für diese spezielle Schülerschaft tatsächlich die richtigen Ansprechpartner sind. Frau Röder äußert den Wunsch, dass die Abgänger der Förderschulen noch besser in die beabsichtigten neuen Strukturen eingebunden werden sollen.

Herr Kähler ergänzt zu diesem Punkt, dass jeder unversorgte Schüler ein möglichst passgenaues Angebot erhalten soll, selbstverständlich auch die Absolventen der Förderschulen. Insoweit kann auch über eine breitere Beteiligung der Lehrkräfte der Förderschulen nachgedacht werden. Insgesamt wirbt Herr Kähler im Sinne der Jugendlichen für eine noch zielgenauere Vernetzung der am Prozess Beteiligten.

Auch die Vertreter der Wirtschaft sollen über den Beirat entsprechend beteiligt werden.

Für die SPD-Fraktion begrüßt Herr Tsapos zunächst grundsätzlich die vorgestellte Vorlage. Insbesondere die frühzeitige individuelle Begleitung der Schülerinnen und Schüler durch die nun vorgestellten klareren Strukturen wird ausdrücklich als positiv bezeichnet.

Die Rolle der Berufskollegs wird allerdings noch klarer zu definieren sein, da hier die Nahtstelle noch etwas unklar formuliert ist.

Auf die Frage von Herrn Tsapos, inwieweit die Orientierungs- und Beratungsmöglichkeiten hinreichend an die Schülerinnen und Schüler kommuniziert werden, erläutert Herr Dr. Pohle, dass durch die breite Einbindung z. B. auch der Hauptschulleitungen und die unterschiedlichen laufenden Projekte bereits eine breite Informationsbasis vorhanden ist.

Weiter betont Herr Dr. Pohle, dass seit ca. 3 Jahren durch die so genannte Ausbildungskonferenz sowohl die Schulleitungen der Berufskollegs als auch Beteiligte der verschiedenen Kammern, Institutionen sowie der Bezirksregierung eine breit angelegte Diskussion angestoßen worden ist. Im Hinblick auf die Einrichtung spezieller Ausbildungsgänge für „marktbenachteiligte“ Jugendliche laufen derzeit Gespräche mit dem Ministerium. In Bezug auf die „sozialbenachteiligten“ Jugendlichen ist ein besonderes Anliegen der Ausbildungskonferenz, dass diese Schülerinnen und Schüler zunächst ausbildungsfähig gemacht werden, um ihnen auf dieser Basis eine möglichst maßgeschneiderte Ausbildung bzw. Weiterbildung zukommen zu lassen.

Auch die Einführung des Schüleronlineanmeldesystems leistet einen Beitrag für eine noch effektivere und zielgerichtete Versorgung der Jugendlichen.

Herr Bolte stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dar, dass die Verwaltung mit der nun vorgelegten Vorlage auf einem guten Weg sei, um die Ausbildungssituation für die unversorgten Jugendlichen zu verbessern.

Die Frage ist, was die beteiligten Schulen leisten können und wie eine Qualitätssicherung gewährleistet werden kann. Die umfassende Einbeziehung aller Akteure wird als besonders wichtig erachtet.

Für die CDU-Fraktion begrüßt Herr Heine zunächst, dass die Beschlussvorlage sowohl vom Sozialdezernat wie auch vom Schuldezernat gemeinsam erarbeitet und mittlerweile auch vom SGA sowie dem JHA einstimmig beschlossen worden ist. Herr Heine befürchtet durch die vielen beteiligten Institutionen möglicherweise einen zu hohen Grad der Bürokratisierung und wirbt dafür, so wenig Bürokratie wie möglich aufzubauen. Eine besondere Bedeutung kommt dem jetzt anstehenden Realisierungskonzept zu, im Rahmen dessen die angedachten Details weiter vertieft werden müssen. Dieses wird eine schwierige und umfassende Aufgabe sein.

Die mit der Vorlage formulierten Ziele werden für gut erachtet und jeder zusätzliche Jugendliche, der aufgrund dieser Vorlage mit einem Ausbildungsplatz versorgt werden kann, ist als Gewinn zu betrachten.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

1. Vor dem Hintergrund, dass der Rat am 22.06.2006 die Konzentration der bei verschiedenen Akteuren angesiedelten Beratungsleistungen an einem Ort (Arbeitplus in Bielefeld GmbH) beschlossen hat, wird die Verwaltung beauftragt, die Bündelung der Berufs- und Bildungsberatung organisatorisch und gesellschaftsrechtlich vorzubereiten. Mit den Beteiligten Arbeitplus in Bielefeld GmbH und REGE mbH sind die notwendigen verfahrensrechtlichen Schritte einzuleiten.
2. Die zur Einführung eines Zentrums für berufliche Grundbildung und zur Einrichtung eines Kompetenzzentrums für Beruf und Bildung in Bielefeld und für die Einführung eines Job-Passes notwendigen Maßnahmen und Abstimmungen sind in einem Realisierungskonzept mit einem Zeitplan zur abschließenden Beschlussfassung darzustellen.
3. Die Verwaltung beginnt mit der Umsetzung der Sofortmaßnahmen, damit noch in 2006 die ersten Schritte zur Verbesserung der Situation des Ausbildungsmarktes umgesetzt werden können.

- einstimmig beschlossen -

* Schul- und Sportausschuss - 21.09.2006 - öffentlich - TOP A 1 - Drucksache 2009/2430 *

Bielefeld,

Rüther, Vorsitzender

Kranzmann, Stellv. Vorsitzender

Schöning, Schriftführer Schule